

<http://www.faz.net/p/RubE92362663C6E4937AB14A07CB297CA09/Doc~E3B60C4F299AB48509756315B02FFEA02~ATpl~Ecommon~Scontent.html#top>

## **RÜCKKEHR DURCH DIE HINTERTÜR**

Milosevics Sozialisten sind wieder zum politischen Faktor in Serbien geworden

Von Michael Martens

BELGRAD, 12. Februar

Wie ignoriert man 1,3 Millionen Serben? Die Staatengemeinschaft ist sich unsicher und offenbar auch uneins darin, wie sie auf die schwierige Lage reagieren soll, die der Wille serbischer Wähler und Nichtwähler bei den Parlamentswahlen am 28. Dezember geschaffen hat. Denn mehr als 1,3 Millionen von 6,5 Millionen Wahlberechtigten stimmten vor knapp sieben Wochen für Parteien, die schwerlich demokratisch zu nennen sind: Die Serbische Radikale Partei von Vojislav Seselj hat als deutlich stärkste Kraft im neuen Parlament 82 Abgeordnete, die Sozialistische Partei Serbiens unter ihrem Ehrenvorsitzenden Slobodan Milosevic erhielt 22 Sitze. Seselj und Milosevic sind vom UN-Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien angeklagt. Ihre Parteien stehen bis heute für jene Politik, für die sich ihre Führer im Haag verantworten müssen. Noch im Wahlkampf waren sich die Führer der dem demokratischen Lager Serbiens zugerechneten Parteien deshalb ungewohnt einig: Mit Sozialisten und Radikalen werde es eine Zusammenarbeit nicht geben.

Doch von dieser Zusicherung ist die Demokratische Partei Serbiens (DSS) von Vojislav Kostunica längst abgewichen. Sie verfügt nach den Radikalen über die größte Fraktion in der neuen Skupstina (53 Sitze), und ihr Vorsitzender will Regierungschef werden. "Politisch korrekt" ginge das nur, wenn alle fünf in das Parlament gewählten Parteien des sogenannten demokratischen Lagers an einem Strang ziehen, doch will Kostunica mit der Demokratischen Partei, die einst sein ihm offenbar über das Grab hinaus verhaßter Erzfeind Zoran Djindjic geführt hatte, nichts zu tun haben. Erfolglos forderte er die Djindjic-Nachfolger auf, eine von ihm geführte Minderheitsregierung zu tolerieren. Schon die Wahl eines Parlamentspräsidenten drohte an dieser Konstellation zu scheitern. Um den toten Punkt zu überwinden und Neuwahlen zu vermeiden, bat Kostunica nach einem Monat erfolgloser Verhandlungen schließlich die Sozialisten um Unterstützung bei der Kandidatur seines Stellvertreters Dragan Marsicanin. Dieser wurde auch tatsächlich mit den Stimmen der Sozialisten Parlamentspräsident. So kehrte der im Oktober 2000 gestürzte Milosevic sozusagen durch den Dienstboteneingang wieder auf die politische Bühne Belgrads zurück. Seit Kostunica sich gewillt zeigt, sogar seine Regierung von den Sozialisten dulden zu lassen, verschärfen sich jedoch die zuvor maßvollen Proteste der Staatengemeinschaft gegen diese Art der innerserbischen Zusammenarbeit. In seiner Partei versucht man sich zu rechtfertigen: Funktionierende Institutionen und eine handlungsfähige Regierung seien wichtiger als kleinlicher Parteienstreit, der freilich durch die starre Haltung der DSS nach den Wahlen erst ausweglos wurde. Außerdem bedeute die Duldung einer Minderheitsregierung schließlich nicht, daß die Sozialisten an der Regierung beteiligt seien.

Doch um sich das parlamentarisch unumgängliche Wohlwollen der Sozialistischen Partei zu erhalten, müßte Kostunica Positionen vertreten, die sein Land international isolieren würden. Die Sozialisten fordern unter anderem, der Staat müsse den serbischen Angeklagten vor dem Kriegsverbrechertribunal finanzielle und juristische Unterstützung gewähren. Außerdem sei die Zusammenarbeit mit dem Gericht, insbesondere die Auslieferung weiterer Angeklagter, einzustellen. Auch die Privatisierungspolitik müsse beendet und in einigen Fällen sogar rückgängig gemacht werden. Zu Entlassungen in den maroden staatlichen Betrieben dürfe es nicht kommen.

Westliche Diplomaten versuchen den Verantwortlichen in Belgrad seit Wochen deutlich zu machen, daß eine solche Regierung nicht mit dem Wohlwollen des Westens rechnen könnte. Erste Wirkung haben die internationalen Einwände offenbar bei Vuk Draskovic gezeigt, der gern Außenminister von Serbien und Montenegro werden würde. Nach seiner Rückkehr von einer Reise in die Vereinigten Staaten sprach er sich, anders als zuvor, eindeutig gegen eine von den Sozialisten geduldete Minderheitsregierung aus. Solange sich die Partei nicht von Milosevic distanzieren könne sie kein Partner des demokratischen Lagers sein, befand er. Beharren er und Kostunica auf ihren Standpunkten, wird es Neuwahlen geben müssen. Kostunica hinterläßt bei europäischen Diplomaten offenbar den Eindruck, er werde die langfristig ungleiche Kraftprobe Serbiens gegen den Rest der Welt nicht scheuen. Er vertraue darauf, daß Europa es nicht wagen werde, Serbien auszugrenzen und den Kräften des alten Regimes dadurch noch mehr inländische Unterstützung zu verschaffen, heißt es. Sollte dies wirklich Kostunicas Gedanke sein, kann er sich dabei auf das Beispiel der neunziger Jahre berufen, als Milosevic jahrelang ungestraft westliche Drohungen ignorieren konnte.

Unterdessen versuchen die meisten EU-Botschaften in Belgrad weiterhin, die "Schmuddelkinder" der serbischen Politik zu ignorieren: Zu Radikalen und Sozialisten pflegt man keinen Kontakt, weshalb man auch kaum etwas über sie weiß. Beide Parteien haben sich aber im stockenden Mahlwerk der serbischen Politik festgesetzt. Schon jetzt haben Abgeordnete der Radikalen in einigen der nach Proporz besetzten Parlamentsausschüssen den Vorsitz inne. Auch das Parlament des auf Druck Brüssels gebildeten Gesamtstaates Serbien und Montenegro, dessen Abgeordnete aus den beiden Landesparlamenten entsandt werden, dürfte künftig "radikaler" sein als zuvor.

Was in den Parteien der Radikalen und der Sozialisten vorgeht, deren Vertreter den Kontakt zu westlichen Journalisten meiden, ist von außen kaum zu erkennen. Ivica Dacic, der als Vorsitzender des Exekutivausschusses der Sozialisten die Partei in Milosevics Abwesenheit führt, will offenbar die Gunst der Stunde zu nutzen versuchen, indem er sich im kleinen Kreise als "Reformer" gibt, der die Partei von ihrer sinistren Überfigur befreien will. Immerhin befindet sie sich tatsächlich nicht mehr unter der völligen Kontrolle ihres inhaftierten Chefs. Dessen Ansinnen, die besonders treuen Genossen von der Gruppierung "Sloboda" (Freiheit) zu Abgeordneten zu machen, ignorierte die Parteiführung um Dacic. Das Ziel der Aktivisten von "Sloboda" ist die "Befreiung" Milosevics aus Den Haag. Allerdings weiß auch Dacic, daß die Sozialistische Partei ihren bescheidenen Erfolg nicht sich selbst, sondern ihrem "Erfinder" Milosevic zu verdanken hat. Ihm galten die fast 300 000 Stimmen serbischer Wähler im Dezember, nicht der Partei, die zu Milosevics Herrschaftszeiten nie mehr als ein Instrument im Werkzeugkasten seines Systems war. Sollte es zu einer Parteispaltung kommen und sollte der über den unbotmäßigen Dacic verärgerte Milosevic bei kommenden Wahlen seine politischen Resozialisierungshelfer von "Sloboda" unterstützen, versänke die Sozialistische Partei Serbiens wohl in der Bedeutungslosigkeit.